

Vorlage für die Sitzung des Senats am 15.12.2020

**„Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und der Freien Hansestadt
Bremen“**

„Kooperation zum Thema Digitale Souveränität“

A. Problem

Der Senat hat am 27.10.2020 dem Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zur Kooperation mit dem Bund zur Förderung Digitaler Souveränität dem Grunde nach zugestimmt und den Senator für Finanzen gebeten, die Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses einzuleiten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis genommen und der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung im Haushalt des Landes bei der Haushaltsstelle 0950.511 48-6 „Ausgaben für Projekte zur Stärkung der digitalen Souveränität“ in Höhe von 100.000 € mit Abdeckung im Jahr 2021 zugestimmt.

Der Senat hat den Senator für Finanzen vor Abschluss und Unterzeichnung der finalen Verwaltungsvereinbarung um erneute Vorlage gebeten.

B. Lösung

Der Senator für Finanzen hat die abschließende Abstimmung mit dem Bund vorgenommen. Die finale Version der Vereinbarung liegt als Anlage dieser Vorlage bei. Es sind vor allem redaktionelle Änderungen vorgenommen worden. Auf der Leistungs- und Kostenseite hat sich nichts geändert.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die finanziellen Aspekte wurden im Haushalts- und Finanzausschuss bereits beraten und beschlossen.

Das Vorhaben betrifft alle Basis-Arbeitsplätze in der Kernverwaltung. Eine unterschiedliche Auswirkung auf die Geschlechter ist in dieser Phase nicht erkennbar, wird aber im weiteren Projektverlauf beobachtet.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage wurde mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage soll nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden. Datenschutzrechtliche Belange sind nicht berührt.

G. Beschluss

Der Senat stimmt dem Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zur Kooperation mit dem Bund zur Förderung Digitaler Souveränität zu.

Der Senat ermächtigt den Senator für Finanzen, das Verwaltungsabkommen zu unterzeichnen.